[badische-zeitung.de/atomaufsicht-macht-der-edf-druck](http://www.badische-zeitung.de/atomaufsicht-macht-der-edf-druck)

So, 03. Dezember 2017, In "Der Sonntag", von: [Klaus Riexinger](http://www.badische-zeitung.de/klaus-riexinger)

****

**Atomaufsicht macht der EdF Druck**

**Staatliche ASN verlangt Klarheit zum Atomkraftwerk Fessenheim.**

Die französische Regierung scheint es ernst zu meinen mit der Schließung des Atomkraftwerks Fessenheim. Das war jedenfalls der Eindruck von Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer und Klaus Schüle, Frankreich- beauftragter des Regierungspräsidiums, die in dieser Woche an der Sitzung der Überwachungskommission Clis in Fessenheim teilnahmen.

Pierre Bois, Leiter der französischen Atomaufsicht ASN in Straßburg, habe den Fessenheimbetreiber EdF in der Sitzung aufgefordert, für Klarheit zu sorgen und einen Masterplan zum weiteren Vorgehen in Fessenheim vorzulegen, berichtet Schüle. Bärbel Schäfer habe Bois zudem mit dessen Aussagen bei einer Pressekonferenz im Oktober konfrontiert.

Dabei hatte er die EdF darauf hingewiesen, dass die ungewisse Zukunft zu einer Fluktuation unter der Belegschaft führen könnte – mit allen Folgen für die Sicherheit. Bois bestätigte darauf diese Sorgen. Laut Schüle vermied es aber die EdF, sich auf einen Abschalttermin festzulegen. Bois sagte zudem, dass im Hinblick auf die 2019 anstehende Zehnjahres-Revision mit neuesten und damit strengeren Methoden gearbeitet werden würde.

Schäfer und Schüle interpretierten dies als Hinweis auf eine kostspielige Modernisierung, die sich für die EdF nicht mehr lohne. Paris hat wiederholt darauf gedrängt, Fessenheim Ende 2018 oder Anfang 2019 abzuschalten.

Auf den seit Juni 2016 runtergefahrenen Reaktor 2 angesprochen, habe Bois ohne zu werten mitgeteilt, dass ein Wiederhochfahren im ersten Trimester 2018 denkbar wäre, sagt Schüle. Der Reaktor wird derzeit einer gründlichen Inspektion unterzogen. Bleibt er zwei Jahre lang abgeschaltet – also bis Juni 2018 – würde seine Betriebsgenehmigung erlöschen.

Wie die Badische Zeitung berichtete, wird im Elsass bereits über eine wirtschaftliche Alternative zu Fessenheim nachgedacht.rix

Kommentare

Friedrich Müller (Registriert seit: 08.03.2016, Kommentare: 13)

03. Dezember 2017 - 11:43 Uhr

In einem Interview von SWR4 hat die Juristin und Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer darauf hingewiesen dass die geplante Abschaltung des AKW-Fessenheim neuerdings unabhängig von Flamanville vorangetrieben wird. Also selbst wenn das Genehmigungsverfahren für den EPR in Flamanville sich noch verzögern sollte, die Abschaltung der Nuklearzentrale Fessenheim ist laut Bärbel Schäfer beschlossene Sache und hat nun ihre eigene Dynamik.

  Gustav Rosa (Registriert seit: 04.12.2017, Kommentare: 1)

04. Dezember 2017 - 02:32 Uhr

Die Koppelung "Abschalten AKW Fessenheim" mit "Hochfahren EPR Flamanville" ist irgendwann von den Medien ins Spiel gebracht und von der Atomlobby bereitwillig aufgenommen worden.

Wichtiger ist aber der Satz: "Dabei hatte er die EdF darauf hingewiesen, dass die ungewisse Zukunft zu einer Fluktuation unter der Belegschaft führen könnte – mit allen Folgen für die Sicherheit." Ein unscheinbarer Satz, der aber die ganze Brisanz der aktuellen Situation beschreibt.
Die Belegschaft wusste, was sie bisher Tag für Tag zu tun hatte. Jetzt wird Neuland betreten. Die guten Mitarbeiter suchen sich einen anderen Job, bevor sie "gegangen werden". Es bleiben die, die anderswo weniger Chancen haben. Und die Neuen, die kommen werden, kennen sich mit der Uralttechnik im AKW gar nicht aus.
Hinzu kommt noch die hirnlose Idee, Reaktor 2 für ein paar Monate wieder hochzufahren.

Wichtige Gründe für uns alle, Bevölkerung und Behörden, wachsam zu bleiben und den Abschaltprozess aufmerksam zu beobachten, respektive zu begleiten - auf keinen Fall ein Grund, sich jetzt satt und zufrieden zurückzulehnen!

Dieter Neufeld (Registriert seit: 18.09.2014, Kommentare: 2925)

04. Dezember 2017 - 09:38 Uhr

Gerne würde man doch wohl lesen, wie die aus Deutschland Zuständigen diesen von Herrn Bois geforderten Masterplan unterstützen. Weiterhin wäre die „Wahrnehmung des aktiven Beitrag“ als Miteigentümer in Form des Landes BW zu dieser Planung und dessen Taten zur Umsetzung doch definitiv mehr als interessant. Das die von Deutschland zu diesem Thema Verantwortlichen „interpretieren“ ist definitiv wenig und sehr enttäuschend, auch wenn dieses eigentliche Nichts-Tun, wenn man von BlaBla und populistischen parteipolitischen Worthülsen mal absieht, den bisherigen Erfahrungen entspricht. Ein Masterplan ist jedoch schon lange überfällig.

Sollte die Kopplung von der Presse ins Spiel gebracht worden sein, kann man definitiv von einer Verantwortungslosigkeit sprechen. Dass die Presse jedoch solche Abhängigkeiten welche letztlich wesentlich von der nationalen Versorgungsplanung vorgegeben werden, definiert und wäre ungewöhnlich. Ich halte diese jetzt vermeintlich erreichte bis relalisierte Entkopplung eher für ein Politisches Märchen, das Motiv dürfte durch Profilierungsversuche erklärbar sein. Es ist abstoßenden was sich manche Politiker und Ihre Seilschaften gerade bei einem solchem Thema erlauben. Es (Berichte, wie dieser) zeigt jedoch die „Koppelung“ zwischen Presse, den politischen Landschaftspflegern und eher „aggressiv“ zurückhaltend die Pflegefälle. Die Pflegefälle von dieses hochbezahlten Pfleger halten sich in der Regel bzgl. Arbeitsanteilen dezent zurück. Wortmeldungen und Auftritte dieser Pflegefälle finden meist nur bis ca. 1 Monat vor einer Wahl gerne auch mit CO2 freien Hubschrauberflügen statt.